

Das Gefühl, willkommen zu sein, nimmt mit der Zeit, die sich die Geflüchteten in Deutschland befinden, ab. Bei denjenigen, die 2015 und 2016 zu uns kamen, ist es von 65 % auf 56 % gesunken. Daher muss auch die Willkommenskultur weiter gefördert werden!

Zum Abschluss. 2013 und 2014 forderten wir die Verdopplung des Integrationshaushalts von 30 auf 60 Millionen €. Das wurde uns als Showantrag abgetan. 2015 kamen die Flüchtlinge, und 2016 wurde dann der Druck so hoch, dass Sie endlich handeln mussten. Heute, 2017, beträgt der Integrationshaushalt die von uns damals geforderten 60 Millionen €. Das ist aber heute leider wieder zu wenig.

Nichtsdestotrotz macht es noch keine Integrationspolitik, allein Geld zur Verfügung zu stellen. Sie müssen die Mittel an der richtigen Stelle einsetzen und vor allem mit der angemessenen Rhetorik vertreten. Wir vermissen diese Rhetorik, und das vor allem in den letzten Wochen und Monaten. Welche die richtigen Stellen sind, an denen Sie Ihre Mittel einsetzen sollten, konnten Sie gerade meiner Rede entnehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brand. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zum **Einzelplan 11** – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales.

Die Fraktionen hatten sich ja darauf verständigt, zwischen 12:30 und 14:00 Uhr keine **Abstimmung** vorzunehmen, sodass wir die Abstimmung zu diesem Einzelplan dann **nach 14 Uhr** nachholen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14
Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13514

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Wüst das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Einzelplan 14 ist ein Wahlkampfhaushalt, wie er im Buche steht. Bei den nötigsten Dingen werden Mittel organisiert, um Aktivitäten zu simulieren. Vieles davon ist Kofinanzierung: Es gibt Kofinanzierungsmittel für das Breitbandausbauprogramm des Bundes, Kofinanzierung für EFRE, für die Vorziehung von Programmtiteln und für die Aufstockung dafür, damit man mög-

lichst noch in den ersten Monaten des Jahres Spatenstiche und Projektbescheide organisiert bekommt, damit es Bilder für den Wahlkampf gibt.

Das ist die Philosophie dieses Haushalts, der ansonsten einen durchaus erfreulichen Mittelzufluss ausweist. Das passiert mit Blick auf die Kofinanzierung an vielen Stellen jedoch nur mit wenigen eigenen Ideen, und das trotz anhaltend großer Herausforderungen. Wir haben mehrfach darüber gesprochen, dass das Jahr 2015 mit einer roten Null abschließen musste: Nullwachstum in 2015, Platz 16 von 16 sowie eine anhaltende Wachstumsschwäche seit dem Regierungswechsel vor nunmehr fast sieben Jahren, die sich auch in dieses Jahr hinein fortgesetzt hat.

Sie hangeln sich an Quartalszahlen entlang. Auch diese Quartalszahlen besagen nichts anderes, als dass Nordrhein-Westfalen ein um 10 % schwächeres Wachstum aufweist als der Bund. Das hat reale Auswirkungen. Seit dem Regierungswechsel 2010 ist die Arbeitslosigkeit außerhalb von Nordrhein-Westfalen doppelt so schnell gesunken wie bei uns. Hätten wir eine Entwicklung gehabt wie im Bundeschnitt, wären in Nordrhein-Westfalen jetzt 100.000 Menschen weniger arbeitslos.

Das hat auch Auswirkungen auf die Kommunen. Nach einer aktuellen Studie von IW Consult über die Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland befinden sich fünf der zehn schlechtesten Kommunen in Deutschland im Ruhrgebiet. Das war vor zwei Jahren noch nicht so. Eine Wachstumsschwäche zeigt sich nicht nur in einer Statistik, sondern das ist das reale Erleben von Menschen, die keinen Arbeitsplatz oder keinen Ausbildungsplatz finden, und deren Kommunen nicht gut dastehen.

Was fällt dieser Landesregierung gemeinsam dazu noch ein? – Nicht viel. Herr Duin muss seine industriepolitischen Leitlinien alleine vorlegen; er kann sie aber nicht alleine umsetzen, weil es eines Regierungshandelns in Summe bedarf. „unternehmer nrw“ kritisiert entsprechend, die Politik der Landesregierung weise in zentralen Politikfeldern noch in entgegengesetzte Richtungen. – In dem Wort „noch“ steckt Hoffnung. Als wolle man diese Hoffnung aufnehmen, springen Herr Groschek, Herr Walter-Borjans und Herr Duin auf die Grünen zu und kritisieren die „durchgrünte Gesellschaft“.

Ich frage mich, was eigentlich passiert, wenn Sie am Dienstagmittag zum Kabinett zusammenkommen. Beschimpft man sich dann gegenseitig, nach dem Motto: „Ihr seid durchgrünt“? Bekommen Sie Ihre Arbeit eigentlich noch auf die Kette? Passiert da noch was? Oder ist Ihre öffentliche Aufführung nur Show, und in Wahrheit arbeitet man schön brav die Agenda ab?

Zum Stichwort „Agenda“: Wo ist die gemeinsame Agenda für das nächste halbe Jahr, um die Wachstumsschwäche zu bekämpfen? In diesem Haushalt finden sich wenige neue Ideen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Nehmen wir das Thema „Digitalisierung“ und dabei zunächst den Breitbandausbau. Sie werden es selbst durchgerechnet haben: Das Ziel, bis 2018 flächendeckend mindestens 50 Mbit zu erreichen, werden Sie verfehlen. Es steht schon heute fest, dass es 2018 keine flächendeckende Breitbandversorgung in Nordrhein-Westfalen mit mindestens 50 Mbit geben wird. Bei der Ausbaudynamik der letzten Jahre – 2 % pro Jahr – würde es bis 2029 dauern.

Darum muss also schnell etwas Neues her: Jetzt ist die „Gigabit-Strategie“ Ihre neue PR-Nummer, weder mit Geld noch mit Ideen hinterlegt. 2026 – wieder ein Ziel in ferner Zukunft, an dem man bei den Wahlen im Mai 2017 kaum gemessen werden kann. Das erinnert mich ein bisschen an Walter Ulbricht: Überholen ohne einzuholen. – Sie haben das kleine Ziel nicht geschafft und reden jetzt über ein viel größeres, an dem man Sie kaum wird messen können. In der Sache gibt es viel zu wenige Erfolge.

Man redet von bis zu 1 Milliarde €, die man in Nordrhein-Westfalen mit öffentlicher Unterstützung – Landesmittel, Bundesmittel, Mittel aus der Versteigerung der Frequenzen – investieren kann. Real sind bisher 55 Millionen € aus den Ausschüttungen des Bundes angekommen. 55 Millionen € sind angekommen – von 1 Milliarde € wird geredet! Da ist sehr viel aufgeblasene Rhetorik.

Gleiches gilt für die DWNRW-Hubs. Mit 500.000 € pro Region gehen wir an das Zukunftsthema – daran hat heute keiner mehr Zweifel – wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Veränderung heran – 1 % des Haushalts! Herr Prüggen redet gerne vom großen Paradigmenwechsel: Früher hätte man in Vergangenheit Geld gesteckt, in Steinkohle, und heute ginge es um Zukunft.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Stimmt doch!)

1 % des Haushalts, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Da muss selbst Herr Bolte sarkastisch werden, weil auch er weiß, wie wenig das ist.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Sind denn inzwischen bei den DWNRW-Hubs mal die Bescheide angekommen, oder muss man da immer noch auf eigenes Risiko handeln? Bis vor wenigen Wochen waren die Bescheide jedenfalls noch nicht da.

Zu etwas ganz Irdischem: der LEP. Angefangen hat es mit großen Beschimpfungen auf die Vorgängerregierung, man hätte in fünf Jahren nichts geschafft. Sie sind jetzt bald sieben Jahre an der Regierung und

haben immer noch keinen LEP beschlossen. „Ermöglichungsplan“ war die anfängliche Rhetorik – manchmal finden die zuständigen Kollegen die alten Sprechzettel noch wieder und hauchen das ganz verschämt ins Mikrofon: „Ermöglichungsplan“. Das glaubt Ihnen kein Mensch mehr, nicht Ihre eigenen Kommunalpolitiker,

(Beifall von der CDU und der FDP)

und auch nicht der Regionalrat Detmold, der mehrfach mit Stimmen der SPD die Detmolder Erklärungen beschlossen hat.

Derzeit sickert durch, welche Auswirkungen das hat. Tausende Arbeitsplätze – Herr Bolte, Sie haben gerade Ostwestfalen angesprochen; das ist ja Ihre Heimat – sind in Gefahr, weil bestimmte Dinge nicht mehr möglich sind, zum Beispiel Betriebserweiterungen in den unbeplanten Außenbereichen. Die Firma Hettich im Kreis Herford mit 5.900 Mitarbeitern soll jetzt auf eine Betriebserweiterung in unserem Land verzichten und woanders investieren. – Von wegen „Ermöglichungsplan“!

Die Bilanz ist unterm Strich: lustlos, ideenlos und am Ende deshalb auch erfolglos. Deswegen lehnen wir diesen Einzelplan 14 ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Sundermann das Wort.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach diesem Auftritt eine Metapher für „lustlos“ zu finden, wäre wahrscheinlich relativ einfach. Aber das ist mir zu flach, deswegen lasse ich es lieber mal.

Wir sprechen hier mal wieder über Wirtschaftspolitik. Das haben wir in den letzten Monaten recht häufig gemacht. Auch am Freitag wird das hier wieder ein grundsätzliches Thema sein. Es ist gut, dass wir das machen. Ich will mich heute jedoch auf die Haushaltsberatungen konzentrieren.

Wie sehen Haushaltsberatungen im klassischen Modus aus? Im klassischen Modus ist es so, dass die Regierung gestaltet und sagt, was sie will, und dass sich die Opposition aus CDU und FDP im „zu wenig“, „zu langsam“, manchmal auch „zu viel“ oder – und das ist hier der neueste Schlager – in der Behauptung ergeht, wir würden hier nur gegeneinander arbeiten.

Meine Erwartungshaltung an diesen Haushalt war jedoch ein wenig anders. Er ist der letzte in dieser Legislaturperiode, und die Opposition ist eigentlich eine Regierung in Wartestellung. Deshalb müsste sie im Prinzip viel konkreter sagen: Was wollen Sie denn?

Wo sind denn die Gestaltungsansätze von CDU und FDP?

Herr Brockes hat noch die Chance, sich dahin gehend zu erklären, wohingegen Herr Wüst seine Chance gerade vertan hat. Was wir bisher von FDP und CDU gehört haben, ist gar nichts. Wir hören nur Mäkeleien, Sie machen die Rolle rückwärts. Sie wollen im Prinzip alle Gesetze, die wir in den letzten fünf Jahren hier an den Start gebracht haben, rückabwickeln. Das ist Ihre Politik.

Ich möchte Ihnen anhand von zwei Beispielen zeigen, wie die Landesregierung – vielleicht auch im Kleinen – mit den aktuellen Fragestellungen in diesen Bereichen umgeht.

Zunächst möchte ich zum LEP ausführen. Darüber hat sich Herr Wüst vorhin ebenfalls ausgelassen. Dabei hat er die Mantras wiederholt, die wir immer wieder hören: Viel Fläche ist viel Wachstum. – An dieser Stelle müsste man vielleicht einmal einpflegen: Wenn das stimmen würde, dann wären die neuen Bundesländer längst die blühende Landschaft, die Sie uns immer versprochen haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sind sie doch!)

Natürlich braucht Wachstum auch Fläche. Im LEP haben wir uns dieser Aufgabe gestellt, und Sie, Herr Wüst – diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen –, haben sich weggeduckt. Sie haben sich daran abgearbeitet, haben gemerkt, dass es Widerstände gibt, und haben sich weggeduckt. Geben Sie es doch einfach zu, das ist doch kein Problem.

Wir ziehen das durch, wir halten den Kopf nach oben und sagen: Okay, wir haben damit die Basis für eine bedarfsgerechte Entwicklung geschaffen. Aber wir sagen auch: Wachstum braucht eben nicht nur Fläche, sondern Wachstum braucht auch Ideen, Kreativität und ein Invest in Ideen.

Ich möchte Ihnen mal ein Beispiel nennen. Wir haben aus unseren kofinanzierten Mitteln nicht 30 Millionen € zusätzlich für die Kohlerückzugsgebiete vorgesehen. Wir setzen hier auf „Umbau 21 – Smart Region“ in der Emscher-Lippe-Region. Wir sagen: Genau da soll Digitalisierung zukünftig funktionieren. Das ist genau der Ansatz, den wir gut finden und den wir vertreten. Damit sind wir auf dem richtigen Weg.

Des Weiteren möchte ich ein Thema anschneiden, das wir in letzter Zeit häufiger diskutiert haben, nämlich das Ladenöffnungsgesetz. Im Jahr 2013 haben wir in einem breiten gesellschaftlichen Konsens mit Kirchen, Gewerkschaften und Handel dieses Gesetz auf die Schiene gebracht. Auch der Minister hat noch einmal deutlich gemacht: Es war die richtige Antwort auf die Anforderungen dieser Zeit. – Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es die richtige Antwort ist.

Im Moment herrscht aufgrund der verschiedenen Gerichtsurteile sicherlich einige Unsicherheit. Der Minister hat bereits einen runden Tisch angekündigt, um die entsprechenden Informationen darzustellen. Das wird bestimmt sehr gut funktionieren. Sie werden sehen, dass auch hier keine Rückabwicklung angezeigt ist.

Auch hier tragen Sie wieder ein Mantra vor sich her. Für die CDU gilt das vielleicht etwas weniger, weil sie das C in ihrem Namen immer noch etwas im Blick hat. Für die FDP sieht jedoch der Königsweg so aus, dass die Läden 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche geöffnet haben sollten. Das ist für Sie der Königsweg gegen Amazon & Co.

(Hendrik Wüst [CDU]: Wer sagt denn das? – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich sage Ihnen: Das ist falsch. Wir müssen nämlich die Stärken des Einzelhandels unterstützen, und die Stärken des Einzelhandels sind Kundenkontakt, Beratung sowie das Anbieten von Erlebniseinkäufen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wann denn?)

Die Lösung besteht darin, das Ganze mit dem Onlinehandel zu verbinden. Das mag Ihnen ein bisschen kleinzählig erscheinen, aber genau das ist die Lösung.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Hier haben wir die entsprechenden Mittel bereits ausgeschrieben. Diese Mittel werden sogar erhöht. Es ist doch so: Bei der 24/7-Regel ist es eben nicht der familiär geprägte Einzelhandel, der den Städten das Gesicht gibt, sondern es sind die Filialisten. Genau die haben in den letzten Tagen die Welle vor sich hergeschoben, dass das Gesetz nicht richtig sei.

Meine Damen und Herren, diese Regierung hat auf jeden Fall bewiesen, dass sie den Willen zur Gestaltung hat und auch über das Können dafür verfügt. Bei der Opposition fehlt jedoch aus unserer Sicht leider beides. Deshalb wird sich die bewährte Aufgabenteilung – Sie Opposition, wir Regierung – auch nach dem 14. Mai nächsten Jahres fortsetzen. – In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die FDP erteile ich Herrn Kollegen Brockes das Wort.

(Zuruf von der SPD: Kamelle!)

Dietmar Brockes³⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Im Westen nichts Neues in der Wirtschaftspolitik“ – so könnte man die Diskussion über den Haushalt entsprechend titulieren.

Die Landesregierung hat einen Haushalt vorgelegt, der im Wesentlichen auf ein „Weiter so!“, also auf Stillstand in diesem Land setzt; denn trotz der starken Schwankungen aufgrund des Einflusses von Fördermitteln, die Nordrhein-Westfalen aus dem Bund oder von der EU zufließen, besteht der Einzelplan 14 im Wesentlichen aus einer Fortschreibung.

In der Einführung zum Einzelplan taucht daher einmal mehr der Begriff der „vorausschauenden Wirtschaftspolitik“ auf. „Vorausschauend“ ist die dialektische Umschreibung von SPD und Grünen für ihr vollständiges wirtschaftspolitisches Versagen.

(Beifall von der FDP)

Irgendwann wird es schon besser werden, so ist die Hoffnung dort. Das will die Landesregierung mit ihrer vorausschauenden Wirtschaftspolitik implizieren. Bisher ist es in jedem Jahr allerdings eher schlimmer als besser geworden.

Ich erinnere nur an das Nullwachstum im vergangenen Jahr, mit dem Nordrhein-Westfalen auf dem letzten Platz aller Bundesländer zurückgeworfen wurde. Nullwachstum, das bedeutet weniger zusätzliche Arbeitsplätze, weniger Gründungsdynamik und weniger Chancen und Perspektiven für die Menschen und Unternehmen in unserem Land.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Wir sind jetzt in 2016! Wir sind weiter!)

Ich möchte eines klar sagen: Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land mit tollen Menschen, erfolgreichen Betrieben und innovativen Start-ups.

(Beifall von der FDP)

Ermöglicht wird das von engagierten und fleißigen Beschäftigten, von mutigen und hart arbeitenden Unternehmerinnen und Unternehmern.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Reden Sie das Land doch nicht immer schlecht!)

Trotzdem dürfen wir nicht die Augen vor dieser Wirtschaftspolitik verschließen; denn sie führt dazu, dass vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen die Chancen auf Aufstieg entgehen.

Viele mittelständische Betriebe kämpfen mit übermäßigen Belastungen und der Bürokratie. Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern kommt der steigende Wohlstand leider nicht an. Kurz gesagt: Nordrhein-Westfalen steht wirtschaftspolitisch nicht gut da. Das bestätigen sämtliche Untersuchungen und Studien.

Zuletzt hat eine ganz aktuelle Analyse des IW Köln für den Unternehmerverband NRW wieder gezeigt: Im Vergleich mit den anderen Bundesländern steht Nordrhein-Westfalen sehr schlecht da:

Nullwachstum und rote Laterne als letztes aller Bundesländer, höchster Schuldenstand, ein miserables

Verhältnis der Investitionen zu den Gewerbesteuer-einnahmen, geringe Ausgaben für Forschung und Entwicklung und eine sehr hohe Arbeitslosigkeit. Bestenfalls sind wir im Mittelfeld, etwa bei der Breitbandversorgung oder in der Gründungskultur. So kann das nicht weitergehen!

(Beifall von der FDP)

Es reicht deshalb haushaltspolitisch nicht aus, lediglich Fördermittel des Bundes und der EU durchzuleiten oder zusätzliche verfügbare Mittel aufgrund steigender oder neuer Fördertöpfe aus Berlin und Brüssel als Erfolg der eigenen Politik zu verkaufen. Wir sehen ja anhand der nackten Zahlen, dass Nordrhein-Westfalen mehr politisches Engagement der Landesregierung benötigt.

(Beifall von der FDP)

Hier hilft nur noch ein vollständiger wirtschaftspolitischer Kurswechsel. Alle Studien zur wirtschaftlichen Lage des Landes haben eines gezeigt: Natürlich durchlebt Nordrhein-Westfalen nach wie vor einen strukturellen Wandel. Dieser Wandel vollzieht sich überall, natürlich auch in Nordrhein-Westfalen. Natürlich ist die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen auch von globalen Faktoren abhängig, aber das sind auch andere Bundesländer. Die Studien zeigen jedoch auch, dass die wirtschaftliche Situation sehr stark von der Wirtschaftspolitik hier in unserem Lande abhängig ist, und diese ist nun einmal schlecht. Ich möchte Ihnen dies an zwei Beispielen verdeutlichen.

Erstens. Es ist unbestritten, dass für Nordrhein-Westfalen herausragende Chancen in der Digitalisierung liegen. Mit unseren Spitzenclustern, exzellent aufgestellten Unternehmen, innovativen Start-ups und gut ausgebildeten Menschen haben wir eine gute Ausgangsbasis. Wir müssen allerdings auch mit den rasend schnellen technologischen Entwicklungen mithalten. Wir benötigen die Infrastruktur, um digitalen Fortschritt und digitale Wertschöpfung zu ermöglichen. Das heißt, wir brauchen flächendeckend Glasfaser.

Das jedoch hat diese Landesregierung verschlafen. Der Ausbau einer gigabitfähigen digitalen Infrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft 4.0. Ein Impuls aus Haushaltsmitteln des Landes zur Förderung dieses Ausbaus fehlt jedoch völlig. Zwar wurde der Ansatz der Kofinanzierungsmittel insbesondere aufgrund der Breitbandförderprogramme des Bundes recht ordentlich erhöht; es zeigt sich jedoch, dass diese Fördermittel in Nordrhein-Westfalen nicht ankommen. Sie gehen an uns vorbei, Herr Kollege.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Gleichzeitig sieht diese Landesregierung tatenlos dabei zu, wie die Bundesregierung die Remonopolisierung veralteter Kupferkabelleitungen vorantreibt – und das, obwohl die Voraussetzungen für Nordrhein-

Westfalen vor dem Hintergrund der vorhandenen Kabelnetze hervorragend wären. Wir könnten Spitzenland beim Glasfaserausbau sein. Stattdessen vergraben wir Investitionen und Zukunft unter veralteter Technik. Das wird unser Land leider auf Jahre zurückwerfen. Unsere Industrie, unser Mittelstand, unser Handwerk werden dadurch von der notwendigen Entwicklung abgeschnitten. Das müssen wir endlich verhindern.

Zweitens. Während Minister Duin und seine Kollegen noch über die „duchgrünte Gesellschaft“ herzogen, stellte der grüne Umweltminister Herr Remmel seine Hygiene-Ampel vor, einen weiteren Baustein für die Überreglementierung und Überbürokratisierung unseres Mittelstands.

Auch der wirtschaftsfeindliche rot-grüne Landesentwicklungsplan nimmt dem Mittelstand Entwicklungschancen für die Zukunft. Hier haben wir doch alle den Hilferuf aus Ostwestfalen gehört, auch von Teilen der Landesregierung. Selbst die Bezirksregierung hat moniert, was in Ihrem Entwicklungsplan steht. Wo bleibt da die Stimme des Wirtschaftsministers, der dies aufgreift und dafür sorgt, dass das Ganze im LEP geändert wird?

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Nichts, gar nichts kommt da vom Minister.

Auch das völlig überflüssige und wirkungslose Tariftreue- und Vergabegesetz treibt Vergabestellen und Handwerksbetriebe gleichermaßen in den Wahnsinn. Das Landeswassergesetz belastet die Grundstoffindustrie enorm, also genau die Branche, deren schwierige Lage von der Landesregierung selbst problematisiert wird. Aber statt ihr zu helfen, schadet sie ihr noch zusätzlich.

(Beifall von der FDP)

Vor allem stützt sich diese Landesregierung auf eine völlig irrationale Energiepolitik, die mit ihrer Übersubventionierung einiger Technologien und ihrer Kostenspirale Nordrhein-Westfalen ganz besonders schadet.

Für die FDP-Fraktion ist daher klar: Nordrhein-Westfalen benötigt dringend mehr wirtschaftliche Freiheit und weniger Bürokratie. Statt Gelder in wirkungslose Gesetze wie das Tariftreue- und Vergabegesetz, das in den letzten Jahren alleine 20 Millionen € gekostet hat, zu stecken, wäre es richtig, diese Gelder zum Beispiel in überbetriebliche Ausbildungsstätten und in eine Digitalisierungsoffensive zu investieren. Leider bleiben aber Prioritätensetzungen oder wichtige Vorgaben seitens des Wirtschaftsministers aus. Er fährt weiterhin den Kurs, nichts verändern zu wollen, und sorgt dafür, dass Nordrhein-Westfalen noch weiter zurückfällt. Deshalb werden wir diesen Haushalt ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Herrn Kollegen Bolte das Wort.

Matthi Bolte (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Stück Deutschland. – So hat es die Bundeskanzlerin beim Festakt für „70 Jahre Nordrhein-Westfalen“ gesagt. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie aufmerksame Beobachter da bemerkten, dass diese Komplimente bei Herrn Laschet und bei Herrn Lindner überhaupt nicht gut ankamen, weil es nicht in ihre Agenda passt, wenn Nordrhein-Westfalen gut dasteht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Seit Jahren erleben wir ein ums andere Mal, dass jeder Erfolg in diesem Land kleingeredet wird, dass Sie erst zufrieden sind, wenn unser Land schlechtgeredet ist. Herr Brockes, Sie haben gerade gezeigt, dass das gerne auch mal postfaktisch geschehen kann. Sie haben gesagt, wir seien bei der Breitbandversorgung Mittelmaß. Das stimmt nicht: Wir sind Spitzenreiter unter den Flächenländern.

Das haben wir oft genug erzählt; Sie müssen uns endlich mal zuhören!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In dieser grundsätzlichen Frage „Wie verstehen wir die Lage in unserem Land?“ zeigen sich schon die Unterschiede. Unsere Politik stärkt diejenigen, die unser Land wirtschaftlich voranbringen, und wir stellen uns den Herausforderungen unserer Zeit. Das ist die wirtschaftspolitische Substanz dieser Landesregierung und der sie tragenden Koalition – eine Substanz, die Ihr ewiges Gejammer – mal mehr über das Ladenöffnungsgesetz, mal mehr über das Tariftreue- und Vergabegesetz und heute mal wieder mehr über den Landesentwicklungsplan – eben nicht zum Inhalt hat. Zu dem ewigen Schwadronieren der FDP von angeblichen Entfesselungsimpulsen möchte ich lieber schweigen.

In diesem Haushalt unterstützen wir die tragenden Säulen unserer Wirtschaft. 99,5% der Betriebe in NRW sind kleine oder mittlere Unternehmen, bei denen rund 80% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten. Deshalb ist es richtig, den Schwerpunkt der Mittel des Wirtschaftshaushalts erneut auf diesen Bereich zu legen. 568 Millionen € im Jahre 2017 sind eine beeindruckende Summe und gut angelegtes Geld.

Wir fördern daraus zum Beispiel die Handwerksinitiative. Wir führen erfolgreiche Programme zur Existenzgründung – etwa mit dem STARTERCENTER NRW – fort. Auch da, lieber Kollege Brockes, sind wir viel besser aufgestellt, als Sie das eben dargestellt

haben. Wir sind spitze bei den Gründungen. Das zeigt, wie sinnvoll die Maßnahmen sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir zeigen auch, wohin die Reise gehen wird. In den letzten Jahren haben wir die Förderung der Digitalisierung massiv verstärkt, die deutlich an Fahrt aufgenommen hat. Allein den Ansatz im Bereich DWNRW stocken wir erneut auf knapp 5,9 Millionen € auf.

Für uns ist klar: Der Mittelstand als tragende Säule unserer Wirtschaft muss im digitalen Wandel unterstützt werden, weil es immer noch viel zu viele Unternehmen gibt, die sich diesen Herausforderungen noch nicht gestellt haben. Die werden wir unterstützen. Wir bringen den Mittelstand zusammen mit Innovationen aus Start-ups, die wir nach Kräften und mit großem Erfolg unterstützen.

Auch in den Bereichen, in denen die Digitalisierung nicht immer nur mit Chancen verknüpft wird, haben wir uns klar aufgestellt. Wir fördern innovative Projekte im Einzelhandel. Auf unseren ersten Projektaufruf hin gab es mehr als das Dreifache an Bewerbungen aus den Kommunen. Deshalb legen wir auch in diesem Bereich noch mal deutlich nach. Denn das zeigt, wie viel Kraft bei den engagierten Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern steckt und dass es für sie darum geht, zukunftsfähige Lösungen zu finden und nicht weiterhin das ewig gleiche Lied von den 24/7-Ladenöffnungszeiten zu singen.

Digitalisierung braucht gute Infrastruktur. Wir investieren bis 2018 insgesamt eine halbe Milliarde Euro ins schnelle Netz. Wir haben eine Strategie für Glasfaser bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts. Ich bin sehr stolz, an dieser Stelle sagen zu können: Keine Landesregierung zuvor hat so viel für den Netzausbau getan wie Rot-Grün.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Wüst, Sie haben eben bei Ihren Prognosen zur Realität im Jahr 2018 in eine sehr trübe Glaskugel geschaut. Sie müssen uns nicht für das loben, was wir machen,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Kann man auch nicht!)

aber Sie müssen wenigstens mal zur Kenntnis nehmen, dass bei uns die Mittel fließen, die es bei Ihnen nie gab. Das Thema „Netzausbau“ rangierte bei Ihnen immer unter „ferner liefern“.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kanzlerin hat auch gesagt, der Strukturwandel sei noch nicht geschafft. Damit sind große Herausforderungen verbunden. Auch darüber bestand in den letzten Debatten nicht immer Einigkeit. Wir sind jedoch bereit, die Herausforderungen anzuerkennen. Ich sage aber

auch ganz klar: Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Wir stellen uns ihnen, weil wir wissen, dass unser Land stark ist. Das ist es, was die Leute im nächsten Jahr honorieren werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Bolte. – Für die Piratenfraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Paul das Wort.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Früher hatten die Wirtschaftsminister den superschönsten, besten Job der Welt. Die Wirtschaft brummte, die Minister übergaben Förderschecks und Preise an dankbare Unternehmer und strahlten in die Fernsehkameras.

Wo ist diese Gemütlichkeit geblieben? Heute ist der Putz abgeplatzt, die Brücken bröckeln, das Internet lahm, und der Wirtschaft geht die Puste aus. Den Menschen im Land wird klar: So kann es nicht weitergehen. – Das erleben wir auch in der heutigen Debatte. Die Verunsicherung ist längst da, der Motor läuft nicht mehr rund, und die rot-grüne Wirtschaftspolitik ist im Krisenmodus angekommen.

Wenn man ganz ehrlich ist, spielt es keine entscheidende Rolle, ob die Wirtschaftszahlen in einem Halbjahr mal etwas besser oder schlechter sind. Das Besorgniserregende ist der langfristige Trend, der leider in die falsche Richtung zeigt. Umso wichtiger wird ein klarer, mutiger Kurs in der Wirtschaftspolitik. Davon ist aber leider wenig zu sehen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich möchte deutlich machen, was in diesem Haushalt und in der Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen falsch läuft:

Erstens. Das Land greift eigentlich nur noch Förderprogramme von Bund und EU ab und kofinanziert diese. Das ist allgemein für eine strukturbildende Wirtschaftspolitik ein bedenklicher Zustand. Dadurch wird alles bürokratischer, der Förderdschungel wächst, und der Gestaltungsspielraum auch für eigene Ideen schrumpft.

Wenn einzelne Schwerpunkte durch die externen Förderprogramme nicht abgedeckt werden, werden sie auch nicht umgesetzt. – Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Eine einheitliche Wirtschaftspolitik, eine Wirtschaftspolitik aus einem Guss muss völlig anders aussehen.

Zweitens. Wie stark wurde die Wirtschaftspolitik auf die Chancen und Risiken der Digitalisierung vorbereitet? – Einige Projekte kann man durchaus mit Sympathie begleiten; aber das ist nicht genug. Wir

brauchen eine konsequente Ausrichtung auf die Kreativ- und Digitalwirtschaft. Dazu sind die nötigen Mittel bereitzustellen.

(Beifall von den PIRATEN)

Da sind beispielsweise die Start-ups. Wir brauchen mehr junge Leute mit frischen Ideen. Der Startup Monitor zeigt, dass auch im Jahre 2016 die Gründerszene in Nordrhein-Westfalen noch viel zu klein ist – zu klein, um wirklich eine Anziehungskraft zu entwickeln. Das ist ein Nachteil; denn die heutigen Gründer suchen gerade ein Ökosystem, eine Szene, in der sie inspiriert werden und sich gegenseitig unterstützen können. Die Start-up-Unternehmer sind mit der Landespolitik NRW unzufriedener als in anderen Bundesländern. Das ist das Ergebnis von vier Jahren rot-grüner Wirtschaftspolitik. Damit können Sie nicht zufrieden sein, und wir sind es auch nicht.

Die Digitalisierung wird noch vieles verändern. Es braucht wirklich nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass bald das Prinzip der Bad Banks, also die Aufteilung eines Unternehmens in einen zukunftsfesten Teil und einen, der abgewickelt wird, auch für die digitalisierte Wirtschaft angewandt wird. Im Banken- und Energiesektor haben wir so etwas ja schon erlebt. Was ist aber, wenn große Unternehmen bald merken, dass die Hälfte ihrer Betriebsvorgänge nicht mehr ins digitale Zeitalter passt? Was passiert dann mit den Mitarbeitern? Das sind die entscheidenden Fragen. Und hierfür fehlen der Landesregierung einfach die passenden Antworten.

Ich bin sicher: Wir haben uns in dieser Legislaturperiode viel zu oft mit Themen auseinandergesetzt, die langfristig kaum einen Unterschied machen für die Höhe und die Verteilung des Wohlstands in Nordrhein-Westfalen. Schauen wir uns zum Beispiel mal das Thema „Tarifreue- und Vergabegesetz“ an. Wie oft haben wir darüber debattiert? Jetzt legt die Landesregierung ein minimal verändertes Gesetz vor mit Änderungen, die man auch von Anfang an hätte einplanen können. Damit wurden viel Zeit und viel Energie verschwendet.

Dagegen haben wir in der Breitbandpolitik doch große Erkenntnisgewinne erarbeiten können. Zugeben, es waren viele Debatten in den letzten Jahren, aber dafür wissen wir jetzt, wir alle – wir wussten das schon früher; Ri-co-la! –: Glasfaser! Wer hat es vor drei Jahren gesagt? – Die Piraten.

Schlecht ist, dass die Breitbandpolitik nicht schon längst auf ein Infrastrukturziel, nämlich auf ultraschnelle Glasfaserleitungen oder Lichtwellenleiter, ausgerichtet ist, denn diese Politik hat natürlich einen hohen Preis. Das haben uns auch die Sachverständigen in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses zum wiederholten Male bestätigt. Und dadurch, dass Sie am 2018-Ziel festhalten, wird der Ersatz von Übergangstechnologien wie Vectoring überhaupt erst befeuert. Vectoring, Telekom – ich

habe das Bedürfnis, jetzt noch etwas zu Routern zu sagen, aber das schenke ich mir.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Experten haben klar kritisiert: Wo Vectoring am Platz ist, wird der Ausbau mit nachhaltigen Glasfaserleitungen auch noch erschwert. Die Ausbauzahlen zeigen deutlich: Egal, ob mit oder ohne Bundesförderprogramme, die selbstgesteckten Ausbauziele werden deutlich verfehlt, und es ist nicht absehbar, wie das Ziel flächendeckender Versorgung mit 50 Mbit/s bis 2018 zu erreichen sein wird. Die Breitbandpolitik dieser Landesregierung ist – gelinde gesagt – eine Katastrophe.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Na, na, na!)

Wir Piraten haben hier im Parlament die nötigen Werkzeuge für eine gute Breitbandpolitik schon vor einigen Jahren vorgestellt und auch mit erarbeitet. Machen Sie die Breitbandversorgung in Nordrhein-Westfalen, und zwar FTTB, endlich zum Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge! Jede Stromleitung, jedes leckende Abwasserrohr oder jede kaputte Straße – nicht, dass sie das nicht verdient hätte – bekommt mehr Aufmerksamkeit als die Telekommunikationsinfrastruktur. Bauen Sie nachhaltige Glasfaserleitungen, die die Menschen und Unternehmen auf dem Weg ins Gigabitzeitalter mitnehmen.

Wenn wir über große oder kleine Summen der Fördermittel reden, dann muss die Kontrolle der Wirksamkeit auch 100%ig klappen. Warum aber muss der Landesrechnungshof immer wieder einschreiten und die Fördermittelvergabe kritisieren? Herr Minister Duin, kümmern Sie sich endlich um die Kontrolldefizite in Ihrem Haus!

(Beifall von den PIRATEN)

Vor dem Hintergrund der anstehenden und genannten Herausforderungen muss einfach gesagt werden: Die Haushaltsänderungsanträge von Rot-Grün sind zwar löblich, aber sie reichen nicht aus. Besonders interessant ist ja der Vorschlag, die Geschichte des Braunkohleabbaus aufzuarbeiten und museal darzustellen. Ja, die Braunkohleförderung gehört ins Museum – da stimmen wir mit Ihnen überein –, aber setzen Sie den Braunkohleausstieg davor. Erst der Ausstieg und dann das Museum – die Reihenfolge ist richtig!

(Beifall von den PIRATEN)

Ich habe einige Punkte herausgegriffen und muss für meine Fraktion sagen: Auf Grundlage der benannten Defizite können wir diesem Einzelplan leider nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Paul. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Duin das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wüst ist irgendwo anders, gerade unabhkömmlich?

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ich gebe das freundlich weiter!)

– Ja, das ist in Ordnung. Sie waren ja auch dabei, worauf ich jetzt gerne Bezug nehmen will.

(Hendrik Wüst [CDU]: Bin da, machen Sie sich keine Sorgen!)

– Dann ist gut. Das habe ich nicht anders vermutet.

Die Oppositionsvertreter haben – ich habe sehr genau hingehört, wollte mir Notizen machen, der Zettel ist aber leergeblieben – nichts anderes gemacht, als ihre Wahrnehmung des Landes darzustellen, als eine aus meiner Sicht verzerrte Zustandsbeschreibung zu machen, gewürzt mit ein bisschen Kritik, aber überhaupt nichts darüber erzählt, was sie anders machen würden.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Doch, doch! Änderungsanträge für 860 Millionen!)

Sie haben nicht gesagt, wir würden andere Schwerpunkte setzen,

(Beifall von der SPD)

dass das mit dem Thema „Breitband“ oder mit dem Thema „Digitalisierung“ falsch wäre oder irgendetwas anderes. Nichts!

Damit wir uns über Zustandsbeschreibungen hier nicht ewig streiten müssen – ich muss nicht auf dem Parteitag durch die Reihen laufen, sondern ich bin selber häufig in den Regionen –, zitiere ich jetzt nur die jeweiligen Berichte, die aus den Regionen dokumentiert werden.

Die rheinische Wirtschaft – also die IHK-Bezirke Aachen, Bonn, Rhein-Sieg, Düsseldorf, Köln, mittlerer Niederrhein, Wuppertal, Solingen, Remscheid – gibt ja gemeinsame Berichte heraus. Da hieß es zuletzt: „Konjunktur im Rheinland: Solide Entwicklung setzt sich fort.“

Ruhr-Konjunktur, IHK-Bezirke Dortmund, Duisburg, Essen, mittleres Ruhrgebiet, Nord-Westfalen, dort heißt es: „Die Konjunktur zeigt sich in Topform.“

(Ralph Bombis [FDP]: Trotz Ihrer Politik!)

IHK Siegen: Gut gestimmt! – IHK Bielefeld: Konjunktur läuft rund! – IHK Hagen: Gute Lage! – IHK Nordrheinwestfalen Münster hat im September noch einmal herausgegeben: Konjunktur bleibt auf Kurs!

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Trotz Duin!)

Und der Westdeutsche Handwerkskammertag, damit wir das nicht nur einseitig machen, schreibt: „Gute Konjunktur bringt Umsatzzuwächse und Beschäftigungsaufbau im NRW-Handwerk.“

Das ist die Realität, wie sie in Nordrhein-Westfalen tatsächlich ist,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

nicht von mir erfunden, sondern das sagen die Unternehmen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Jetzt zitieren Sie mal unternehmer nrw!)

– Dazu kommen wir ja am Freitag. Dann werden wir genügend Zeit haben, uns mit dieser – ich will nicht „wissenschaftlichen“ sagen – Auseinandersetzung zu befassen.

Heute geht es ja um unseren Haushalt.

Trotz dieser von den Kammern – also von allen Unternehmen – so dokumentierten Lage, die sich offensichtlich von der Beschreibung unterscheidet, die Sie hier gerade abgegeben haben, will ich überhaupt nicht darüber hinwegsehen – das geschah auch durch die Vorlage des Wirtschaftsberichtes –, dass wir nach wie vor Themen haben, denen wir uns noch sehr viel intensiver zuwenden und die wir auch genauer analysieren müssen. Zum Beispiel geht es dabei um den Zusammenhang zwischen Wachstum und Exporten. Ich habe kein Wort von Ihnen zu dieser Situation gehört, obwohl wir eindeutig dargelegt haben, wie wichtig dieser Zusammenhang ist.

Wenn wichtige Industriezweige wie die Chemie oder der Maschinenbau 60 % ihrer Umsätze im Ausland tätigen, dann liegt es auf der Hand, dass Probleme auf den Auslandsmärkten unmittelbar auch auf den Anteil unserer Industrieproduktion durchschlagen. Und die Bedingungen für die Exporte sind ja nicht einfacher geworden. Da geht es nicht nur um den Brexit, der zu großer Verunsicherung in der Exportwirtschaft geführt hat. Vielmehr geht es auch um viele politische oder wirtschaftliche Krisen in Schwellenländern, um protektionistische Tendenzen und vieles andere mehr. Das ist nicht gerade förderlich für unser Auslandsgeschäft. Davon ist Nordrhein-Westfalen ganz besonders stark betroffen, weil beispielsweise die Stahl- und die Metallindustrie bei uns einen weit höheren Anteil an der Industrieproduktion sowie an den Exporten hat als der Bund insgesamt.

Und trotzdem will ich auch da Ihren Blick – bei allen Problemen, die wir im Stahl haben; das hat ja dann auch eine entsprechende Dimension – gerne einmal auf das lenken, was besonders erfreulich ist. – haben. Bei forschungsintensiven Produkten – wie Lifesigns, Medizintechnik, Pharmazeutika und elektronische Bauteile – stiegen die Ausfuhren Nordrheinwestfalens mit 6,1 % in den ersten drei Quartalen

des Jahres 2016 deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt, wo die Zuwächse nur bei knapp 1 % lagen.

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Herr Brockes, was sagen Sie dazu?)

Damit wird schon deutlich, dass genau diese Strategie auf wissensintensive beziehungsweise auf Wissenstransfer angelegte Industrien richtig ist. Nicht die „dummen“ Produkte, die andere Länder massenhafter und deswegen auch billiger herstellen können, werden unsere Zukunft prägen, sondern es wird so etwas sein wie Industrie 4.0 und eben dieses Thema „Lifesigns“, was künftig die industrielle Produktion in unserem Land prägen wird.

Damit ist von mir auch noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht worden: Wir brauchen die Industrie. Ohne Industrie gäbe es im Übrigen auch viele Dienstleister, die sehr Erfolgsstorys vorweisen können, überhaupt nicht.

(Zuruf von der CDU)

– Nein, das hat nicht nur etwas mit Rhetorik zu tun. Man darf ja noch darüber reden. Das ist dann nicht gleich nur Rhetorik. – Sie sind ja Beobachter, weil Sie natürlich nicht aktiver Teil sind. Sie sind Beobachter eines Prozesses, der in unserem Land einmalig ist, wo es uns gelungen ist, seit Mai im Dialog mit der Industrie beziehungsweise mit der Wirtschaft unseres Landes sowie mit den sie prägenden Arbeitgebervereinigungen einen Prozess in Gang zu setzen, der sehr offen und dialogorientiert war, um festzulegen: Wo sind künftig die Schwerpunkte für die Industriepolitik in unserem Lande zu legen? Wir werden das am Montag mit den industriepolitischen Leitlinien entsprechend auf den Weg bringen.

Das ist ein sehr guter Prozess mit hervorragenden Ergebnissen, wo es nicht darum geht, nur mal irgendwo eine rhetorische Blase loszulassen, sondern darum, Schwarz auf Weiß festzulegen, wie hier in diesem Land künftig gehandelt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Wo bleibt denn Ihr Kabinettsbeschluss?)

Das Entscheidende für die Zukunft ist aber, dass wir die Industrie mit den Start-ups zusammenbringen. Der Gipfel der DWNRW in Essen – für diejenigen, die sich mit dem Kürzel nicht so auskennen, sage ich: Das heißt „Digitale Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen“ – war das beste Beispiel dafür. Er hatte 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und war ein Riesenerfolg, der deutlich gemacht hat: Wir pushen die digitale Transformation. Wir betreiben ganz bewusst und konsequent eine moderne Industriepolitik. Die Leitlinien werden eben deswegen auch genau diesen Punkt gleich an die erste Stelle setzen. Die digitale Transformation steht bei uns ganz oben auf der Liste.

Damit werden wir die Standortvorteile Nordrhein-Westfalens ausbauen und, getragen von den drei Säulen Breitband, Digitalisierung und Industrie 4.0, auf den Weg bringen.

Natürlich, lieber Herr Wüst, spielen dabei die Hubs eine ganz wichtige Rolle. Deswegen bringen wir sie, wie Sie wissen – trotzdem haben Sie gerade die Frage noch einmal gestellt, deswegen will ich sie Ihnen gerne beantworten –, mit Bescheid und allem Drum und Dran am 6.12. hier in Düsseldorf an den Start. Alle sechs zur gleichen Zeit werden sich hier präsentieren können. Kommen Sie gerne vorbei. Dann können Sie sich darüber noch einmal etwas detaillierter informieren.

Hinzu kommen das Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 mit den Kompetenzen der RWTH Aachen, des Fraunhofer-Instituts für Materialfluss und Logistik in Dortmund und des Spitzenclusters „It's OWL“, die Demonstrationsfabriken in Lemgo, Dortmund und Aachen, die Kompetenzagentur Mittelstand 4.0 in Köln, die Kompetenzagentur Mittelstand 4.0 in Dortmund, das digitale Kompetenzzentrum CPS.HUB mit namhaften Instituten aus vier Universitäten, sechs Regiocluster in Südwestfalen, im Ruhrgebiet und in Ostwestfalen-Lippe, die Landescluster Produktion, Logistik, Kunststoff NRW, die ihre Informationsarbeit für die Unternehmen genau auf diese Fragen der Digitalisierung neu ausgerichtet haben, und nicht zuletzt auch die Netzwerke 3D-Druck im Bergischen und im Kompetenzzentrum Niederrhein – ergänzt noch um die Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0.

Kein anderes Bundesland hat in dieser Intensität und Stärke – und vor allen Dingen eben auch unter Beachtung der Vielfalt unseres Landes – so eine Kompetenz aufgebaut. Alle anderen Bundesländer gucken nach Nordrhein-Westfalen, wie gut wir uns hier in Bezug auf dieses Thema auf den Weg gemacht haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen spiegelt eben genau das auch in unserem Einzelplan 14 wider. Sie haben es ja zum Teil schon erwähnt: Wir haben eine Steigerung um 288 Millionen € zu verzeichnen. Natürlich hat das etwas damit zu tun, dass wir im Breitbandausbau zusätzliche Investitionen tätigen. Es hat auch etwas damit zu tun, dass wir im neu aufgelegten Strukturhilfeprogramm für die Steinkohlerückzugsgebiete für die Jahre 2017 bis 2020 ein Volumen von 30 Millionen € aufbringen. Es ist für 2017 mit 6 Millionen € gut ausgestattet. Natürlich hat das etwas mit der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Ausstattung des Bundes- sowie des Landesanteils und auch mit der Finanzierung der EU-Programme zu tun.

Sich aber hier hinzustellen und so zu tun, als ob das „nur“ – ich sage das in Anführungszeichen – eine Kofinanzierung wäre, ist falsch. Erstens. Wer prägt

denn die EFRE-Programme inhaltlich? Die inhaltlichen Schwerpunkte kommen doch von uns. Und was würden Sie wohl sagen, wenn wir uns dieses Geld durch die Lappen gehen lassen würden, es also nicht kofinanzieren wollten?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was wollen Sie denn eigentlich mit diesem Argument, dass das kofinanziert sei? Ja, natürlich ist das kofinanziert. Es ist inhaltlich von uns gestaltet worden, und es wird mit Hilfe auch anderer Ebene dann gemeinsam auf den Weg gebracht.

Ich komme zum Thema Breitband. Wir können das ja immer nur noch einmal erklären. Die Anhörung im Ausschuss hat das ja auch noch einmal bestätigt.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ihre Redezeit ist zu Ende!

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Eine Sekunde noch, Herr Präsident.

Es sind die Unternehmen, die bauen. Und da, wo das durch den Markt alleine nicht gemacht wird, kommt der Staat zum Zuge. Die Dynamik schnellst nach oben.

Allein letzte Woche habe ich über 50 Millionen € an übrigens überwiegend nicht meiner Partei angehörige Landräte übergeben, die mich alle dann auch noch, Herr Wüst, einladen, den Spatenstich zu machen.

Natürlich zeigt sich dadurch, dass es in der Fläche dieses Landes vorangeht und wir das Ziel 2018 erreichen. Und es gibt keine Alternative zu diesen zwei Stufen. Die eine Stufe ist: 50 Mbit/s flächendeckend in ganz Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 2018 und darüber hinaus flächendeckend Glasfaser innerhalb von zehn Jahren. Und wer – das hat die Anhörung gezeigt – irgendjemandem etwas anderes erzählt – das ginge alles viel schneller mit dem Glasfaser oder so –, der hat nicht zugehört und hat von dem Thema keine Ahnung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren – Herr Präsident, ich komme zum Schluss –, bin ich davon überzeugt, dass wir mit den weiteren Schwerpunkten, sei es die Handwerksförderung, sei es die Digitalisierung auch im Einzelhandel, die richtigen Schwerpunkte dafür legen, dass die Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern auch im kommenden Jahr genauso positive Nachrichten vermelden können, wie sie das zurzeit schon tun.

Die Lage in Nordrhein-Westfalen ist eine gute. Und die Wachstumszahlen im ersten Halbjahr haben verdeutlicht: Es geht nach oben. Wir greifen an. Weg

von Platz 16 hin zu Platz 8 – aber das nur als Zwischenstation – und in die Spitzengruppe der Bundesländer. Dafür setzt dieser Haushalt die Grundlage. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die ihr zur Verfügung stehende Redezeit um 1:45 Minuten überzogen. Selbstverständlich kommt diese Redezeit, falls gewünscht, auch den einzelnen Fraktionen zugute.

Nun hat Herr Kollege Hovenjürgen das Wort. Bitte schön.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Minister Duin, das war jetzt der Versuch „Heilen durch Schönreden“. Allerdings funktioniert das in diesem Land Nordrhein-Westfalen nicht. Ich glaube, wer Probleme lösen will, sollte sie benennen und nicht über die Probleme des Landes hinwegreden. Wer als Land freiwillig auf 25 Millionen € Bundesmittel für Wirtschaftsförderung verzichtet und damit weitere 25 Millionen € Kofinanzierung verweigert, der verweigert sich im Prinzip der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Landes. Das ist Ihre Art von Wirtschaftspolitik, über die wir hier reden.

(Beifall von der CDU)

Wir könnten diese Mittel für einen noch schnelleren und besseren Ausbau der Infrastruktur insbesondere bei Glasfaser in den Gewerbegebieten hervorragend einsetzen. Aber wie lautet die Antwort des Wirtschaftsministers? Die erste Antwort lautet: Wir können die Kofinanzierung nicht gewährleisten, und – so lautet Antwort 2 – wir haben in diesem Land keine sinnvollen Ideen für die Verwendung der Mittel.

Meine lieben Damen und Herren, das ist eine Bankrotterklärung der Landesregierung in Sachen Wirtschaftspolitik. Das müssen wir hier einmal ganz deutlich sagen.

Und da Sie das Ruhrgebiet in den Blick genommen haben, Herr Minister, lassen Sie uns das Ruhrgebiet beschreiben. Dann lassen Sie uns beschreiben, wie die Realität im Ruhrgebiet aussieht. Wir verlieren Arbeit permanent da, wo innerstädtisch Standorte aufgegeben werden müssen, was in der Realität bedeutet, dass seit 2010 3.800 ha Industrie- und Gewerbefläche weniger im Land vorhanden sind. Wir finden in diesem Land und insbesondere im Ruhrgebiet die Situation vor, dass wir gerade dann, wenn die Industriearbeit den innerstädtischen Standort verlässt, dort nicht wieder ansiedeln können.

Die Landesregierung aber legt einen LEP auf, der die Fläche beschränkt, statt neue Flächenbedarfe zu befriedigen. Zweitens bringt diese Landesregierung

eine Umweltgesetzgebung auf den Weg, die Planungsabläufe unkalkulierbar macht, die Investitionen in diesem Land zu einer Geisterbahnfahrt werden lässt, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist keine Wirtschaftspolitik, sondern Wirtschaftsverhinderung, meine Damen und Herren.

Deswegen noch einmal: Wer das Ruhrgebiet über den Stärkungspakt zur Hochsteuerregion macht und nicht dazu beiträgt, dass wir uns weiterentwickeln können – dort ist die Gewerbesteuer trotz schlechter Infrastruktur am höchsten im Land und liegt auf dem gleichen Niveau wie in München, außerdem haben die Grundsteuer-B-Abgaben und sonstigen Belastungen für die Menschen vor Ort eine Größenordnung erreicht, die wir sonst nirgendwo in der Republik finden – und dann noch die Fläche beschränkt, der nimmt nicht zur Kenntnis, meine Damen und Herren, dass da, wo Angebote und Flächenvorrat zur Verfügung stehen, auch Ansiedlung möglich ist.

Gelungen ist dies bei der Westerweiterung am Chemiepark Marl. Weil dort Rechtssicherheit herrscht, kann sich die METRO dort ansiedeln. Gelungen ist dies in Dorsten. Dort kann sich die Arvato ansiedeln, weil Rechtssicherheit herrscht. Aber das war es dann auch schon. Es gibt keine weiteren Flächen, wo man sich ansiedeln könnte. Das ist Wirtschaftspolitik à la Sozialdemokraten und à la Grüne. Dafür bejubeln und beklatschen Sie sich, aber am Ende stehen wir mit leeren Händen da, sind Letzter bei der Wirtschaftsentwicklung, haben keine Arbeitsplätze, und Sie wundern sich, dass Ihnen die Menschen massenweise das Vertrauen entziehen. Wir werden dafür kämpfen, dass am 14. Mai des nächsten Jahres dieser Vertrauensentzug endgültig sein wird und wir in diesem Land neu anfangen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Norbert Meesters [SPD]: Das wird Ihnen aber nicht gelingen!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Hovenjürgen, wir beide liegen nur rund 15 km auseinander.

(Norbert Meesters [SPD]: Da liegen Welten zwischen!)

Da Sie von „Geisterbahn“ reden, sollten Sie einmal in den Kreis Coesfeld kommen. Schauen Sie sich dort die „Geisterbahn“ des Kreises Coesfeld an. Dann

wüssten Sie, was die Fakten im Land sind, und würden hier nicht laut schreien und darüber hinwegtäuschen, was sich im Land Nordrhein-Westfalen tut, Herr Kollege Hovenjürgen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Stinka, Herr Kollege Hovenjürgen möchte Ihnen sofort eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

André Stinka (SPD): Ja, natürlich.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Bitte.

Josef Hovenjürgen (CDU): Schönen Dank, Herr Kollege Stinka, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

André Stinka (SPD): Natürlich.

Josef Hovenjürgen (CDU): Ist Ihnen bekannt, dass im Kreis Coesfeld mittlerweile – und das ist gut für den Kreis Coesfeld – 24 von 100 Beschäftigten in der Industrie tätig sind und dass es zum Beispiel im Kreis Recklinghausen nur noch 13 von 100 sind? Das macht übrigens deutlich, dass das Ruhrgebiet kein industrieller Schwerpunkt mehr ist.

André Stinka (SPD): Diese Dinge sind mir bekannt, aber wenn Sie auf das Land Nordrhein-Westfalen schauen, müssten Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass die wirtschaftliche Bewertung der Regionen in Nordrhein-Westfalen sehr unterschiedlich ist, Herr Hovenjürgen. Und Sie müssten auch zur Kenntnis nehmen – Sie sprachen vorhin nämlich den Kreis Coesfeld an –, dass wir beim Breitbandausbau führend in der Bundesrepublik Deutschland sind. Wenn Sie einmal genau nachschauen würden, würden Sie hier nicht solche Dinge in den Raum werfen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das liegt am Handeln vor Ort, nicht an der Landesregierung!)

– Ich werde nun weiter fortführen, wenn sich Kollege Hovenjürgen beruhigt hat.

(Thomas Stotko [SPD]: Das kann dauern!)

Denn entgegen allen Unkenrufen der Opposition sind wir ein starkes Land in Deutschland und in Europa. Hört man der Opposition zu, müssten wir kurz vor dem Abgrund stehen. Aber wenn Sie sich – Sie haben es gerade angesprochen, Herr Brockes und Herr Wüst – die Fakten anschauen, müssen Sie sich eines Besseren belehren lassen: Um 2,1 % wächst die Wirtschaft. Noch nie waren so viele Menschen wie

heute in Arbeit. Seit 2010 sind 650.000 neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen entstanden.

Wenn es dem Handwerk so schlecht ginge, frage ich mich, warum Sie in diesem Jahr über ein Rekordjahr reden, gerade in der Bauwirtschaft.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich erinnere hier nur daran, dass es gerade die SPD auf Bundesebene war, die die Mittel für den sozialen Wohnungsbau angehoben hat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Deswegen haben wir hier gute Zahlen.

Der Minister hat vorhin die Industrie- und Handelskammern erwähnt, und ich will das auch noch einmal tun. Wenn ich auf den Geschäftsführer Karl-Friedrich Schulte-Uebbing schaue, möchte ich gern mit Genehmigung des Präsidenten vom 30. September zitieren:

„So wenige Unternehmer, die ihre aktuelle Situation als schlecht bewerten, hatten wir noch nie.“

Das ergab eine Umfrage der IHK, wo 97 % das Klima mit „zufrieden“ bewerteten. Wer uns jetzt vorwirft, dass wir Sozialdemokraten Herrn Schulte-Uebbing etwas ins Fristenheft schreiben können, der kennt die politischen Verhältnisse im Münsterland nun überhaupt nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bei CDU und FDP liest man hingegen von rot-grünem Generalversagen. Das ist eine absurde Definition des Begriffs „Versagen“. Sie kennen das Land nicht, und sie ignorieren die Entwicklung, wie wir bei Breitband gerade gesehen haben, in den Regionen unseres Landes. Wir verkennen nicht, dass die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen vor großen Aufgaben steht, weil wir industriell geprägt sind. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet ist noch nicht abgeschlossen, und die Energiewende fordert gerade uns – das haben wir über all die Jahre immer wieder deutlich gemacht.

Wenn wir uns aber die Fakten auch im Ruhrgebiet anschauen, dann wissen wir, dass gerade ausländische Direktinvestitionen in den letzten fünf Jahren zu einer deutlichen Steigerung der geschaffenen Arbeitsplätze beigetragen haben. Wir fragen uns dann, wie solche Entscheidungen zustande kommen, wenn es so wäre wie gerade beschrieben.

Das ist Ergebnis, Kolleginnen und Kollegen, einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik, die gerade in Umstrukturierungsprozesse und digitale Transformationsprozesse investiert. Wir haben sechs digitale Hubs als Plattform für die digitale Wirtschaft 4.0 in Nordrhein-Westfalen. Auch im Münsterland lohnt sich der Besuch, meine Herren. Hier werden Wandel und Zukunft vor dem Hintergrund einer deutlichen Änderung im Bereich des Mittelstands gemeinsam organisiert. Wir stärken also die Regionen, von denen ich gerade gesprochen habe, den Mittelstand

und das Handwerk, ohne – ich betone das ganz deutlich – das industrielle Herz zu vergessen. Das heißt zum Beispiel, dass wir einerseits Gründer fördern, die nach Information der IHK in einem sehr umfassenden Angebot noch einmal deutlich unterstützt werden, andererseits gilt es, den Strukturwandel zu unterstützen.

Wir sehen das im Kapitel des Haushalts Bergbau und Energie. Den weitaus größten Teil der Ausgaben dieses Kapitels machen die Steinkohlebeihilfen aus. Hier ist und bleibt das Land Nordrhein-Westfalen ein verlässlicher Partner zwischen den von Bergbau, Bund und Ländern getroffenen Vereinbarungen. Damit ist aber deutlich, dass wir die Folgen des Kohlerückzugs abfedern müssen. Wir sind gemahnt, mit Verlässlichkeit und klaren Perspektiven dafür zu sorgen, dass die Energiewende ohne Strukturbrüche gestaltet werden kann.

Weil wir heute Morgen darauf gekommen sind, will ich auf eines noch einmal deutlich hinweisen. Wir haben in den letzten Tagen die Debatte um den sogenannten Rust Belt gehabt. Ich möchte hier, gerade für die Sozialdemokratie, deutlich feststellen: Diesen Rust Belt gibt es in den Vereinigten Staaten; hier in Deutschland gibt es diesen Rust Belt nicht.

(Beifall von der SPD)

Wir sollten den Menschen ganz klar sagen, dass wir den Wandel gemeinsam mit den Menschen organisieren und wir diesen Wandel klar als politische Aufgabe wahrnehmen. Dass dies das eine oder andere Wirtschaftsinstitut nicht als seine Aufgabe sieht, wundert nicht. Denn dort sind die Aufgaben ganz anders verteilt.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass wir die Menschen in diesem Strukturwandel nicht alleinlassen und wir gerade im Energiebereich durch Innovation City, durch das virtuelle Kraftwerk und durch die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr deutlich machen, dass wir als Landesregierung gemeinsam mit den Fraktionen uns dieser Aufgabe stellen. Wir werden dafür sorgen, dass die Energiewende als Fortschrittmotor Klimaschutz sozial und wirtschaftlich gestaltet wird. Und wir werden auch die Verantwortung übernehmen, dass wir den Weg zu den erneuerbaren Energien gemeinsam mit den Menschen über den 14. Mai 2017 hinaus unter dem Credo „Sicher bezahlbar und umweltfreundlich“ organisieren. – In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bombis das Wort.

Ralph Bombis (FDP): Herr Präsident! Ich will noch einmal kurz auf einiges eingehen, was der Minister

gesagt hat. Er hat gesagt, sein Zettel wäre leer geblieben. Da kann ich Ihnen nur sagen: Das ist sehr bedauerlich.

Angesichts dessen, was Sie in dieser Landesregierung und in diesem Haushalt abbilden, muss man sagen: Beim Breitband sollte der Zettel nicht leer bleiben. – Es ist völliger Unsinn, darüber zu diskutieren, ob wir gut, mittel oder schlecht sind, entscheidend ist, dass wir zu schlecht sind. Es fehlen Impulse der Landesregierung in diesem Haushalt, Herr Minister, und hier hätten wir mehr erwartet.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein zweiter Punkt. Sie reden die Industriepolitik hier schön. Sie stellen kurz vor Ende einer Legislaturperiode Leitlinien vor. Wo waren Sie während der Legislaturperiode, als insbesondere der Umweltminister immer wieder die Industrie geschädigt hat?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Reinvestitionsquote liegt unter den Abschreibungen. Das ist eine Deindustrialisierung in diesem Land, Herr Minister. Reagieren Sie doch einmal darauf, und lachen Sie nicht so arrogant!

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

Der dritte Punkt ist: Bürokratie und Abbau von Belastungen von Betrieben. Herr Minister, das ist ein konkreter dritter Vorschlag. Wo waren Sie denn, als es hier darum ging, auch einmal in der Regierung gegenzuhalten, auch einmal zu zeigen, dass die Wirtschaftspolitik in diesem Land einen Stellenwert hat?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das vermissen wir von Ihnen als Minister. Das ändern Sie nicht dadurch, dass Sie sich hier hinstellen und sagen: Was wollen Sie denn?

(Norbert Meesters [SPD]: Sagen Sie noch was!)

In einer Situation mit rekordniedrigen Energiepreisen, in einer Situation mit rekordniedrigen Zinsen ist es doch nicht Ihr Verdienst, dass die Konjunktur in diesem Land gut ist. Das schaffen die Betriebe und die Menschen in diesem Land trotz Ihrer Politik.

(Beifall von der FDP – Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN]: Das schaffen die!)

Uns geht es darum, Herr Minister, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass wir auch in Zukunft noch eine gute Wirtschaft und eine gute konjunkturelle Situation in diesem Land haben. Das tun Sie nicht. Sie behaupten, Kritik wäre Schlechtreden. Wir sagen: Unsere Kritik sind Verbesserungsvorschläge.

(Norbert Meesters [SPD]: Wo denn?)

Wirtschaftspolitik kann man besser machen. Kehren Sie endlich um, Herr Minister!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

(Norbert Meesters [SPD]: So laut und nichts gesagt! – Jochen Ott [SPD]: Aber es war wenigstens unterhaltsam!)

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jahrzehntlang galt: Nordrhein Westfalen ist Deutschlands Kohleland. Doch nach und nach ändert sich das nun. Der Einstieg in den Kohleausstieg hat schon längst begonnen. Die letzten Steinkohlezechen werden im Jahre 2018 geschlossen. Seit Jahren bemühen wir uns darum, den Strukturwandel im Ruhrgebiet zu gestalten, und nehmen jetzt, wo der Abbau dem Ende entgegengeht, noch einmal Geld in die Hand, um auch das Ruhrgebiet zu unterstützen.

Immer mehr Steinkohlekraftwerke rechnen sich nicht mehr und werden zur Stilllegung angemeldet – erst im November 2016 wieder von der STEAG.

Ebenfalls in diesem Jahr gab es die Leitentscheidung zu Garzweiler II. Damit haben wir als Landesregierung eine ganz klare Linie festgelegt. 400.000 t Braunkohle bleiben unter der Erde,

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist Wirtschaftsförderung!)

und 1.400 Menschen bleiben von Umsiedlung verschont. Das ist Zukunftsfähigkeit für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man einfach erkennt, dass ein Weg, den man vor Jahrzehnten eingeschlagen hat, Herr Brockes, nicht der richtige ist, dann kann man ihn auch frühzeitig beenden.

(Zurufe von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Brems, Entschuldigung, dass ich Sie jetzt schon unterbreche. Herr Kollege Hovenjürgen würde Ihnen gerne eine Frage stellen.

Wibke Brems (GRÜNE): Ja, natürlich.

Präsidentin Carina Gödecke: Bitte schön.

Josef Hovenjürgen (CDU): Danke, Frau Brems, dass Sie dies gestatten. – Frau Brems, halten Sie es denn für eine verlässliche Politik, wenn Sie eine

Leitentscheidung auf den Weg bringen, die dann durch Sie selbst auf Ihren Parteitag wieder infrage gestellt wird?

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Hovenjürgen. Irgendwie habe ich ja damit gerechnet, dass etwas kommt, was in so eine Richtung geht. Ich sehe keinen einzigen Entschluss und Beschluss eines Grünen-Parteitags, der die Leitentscheidung von Garzweiler II in diesem Jahr zurücknimmt – auf keinen Fall.

Ehrlich gesagt, kann ich nachvollziehen, dass man angesichts der Klimapolitik unserer angeblichen Klimakanzlerin und der Klimapolitik dieser Großen Koalition, die nach Marrakesch zu einer Klimakonferenz ohne jegliches Gepäck in der Hand fährt, angesichts der Tatsache, dass jahrelang nichts passiert, obwohl man immer etwas ankündigt, und angesichts der Tatsache, dass die erneuerbaren Energien kaputt gemacht werden, irgendwann einmal sagt: Dagegen müssen wir etwas Klares setzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sagen hier ganz klar, wie es in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weitergehen soll. Wir brauchen nämlich einen sozialverträglichen, aber eben auch ambitionierten Ausstieg aus der Kohle.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dafür braucht es Strukturhilfen auch für das Rheinische Revier. Mit der 1 Million € für den Strukturwandel in diesem Haushalt – diesen Betrag haben wir ja deutlich erhöht – und den 250.000 € für den Aufbau eines Museums zur Geschichte der Braunkohle in Nordrhein-Westfalen wird der Grundstein für neue Entwicklungen im Revier gelegt.

Es ist wichtig, sich jetzt darüber Gedanken zu machen, wie die Region sich weiterentwickeln kann – nicht erst dann, wenn der Kohleausstieg längst besiegelt ist und das allerletzte Kraftwerk dann auch geschlossen ist.

Das Rheinische Revier – da gehört das dazu, was wir an vielen Stellen auch gehört haben, finde ich – hat eben entscheidende Vorteile. Da passt es einfach nicht, dass es auch an dieser Stelle immer wieder schlechtgeredet wird. Wir haben hier genau die Zeit, um Entscheidungen zu treffen und den Wandel zu gestalten. Das Rheinische Revier hat auch sehr gute Voraussetzungen.

Als Forschungsstandort hat das Rheinische Revier mit einer Vielzahl von Hochschulen und Universitäten, zum Beispiel der RWTH und der Fachhochschule in Aachen, dem Forschungszentrum Jülich, der FH Mönchengladbach sowie den Universitäten und Hochschulen in Köln, einiges zu bieten. Hier besteht die Möglichkeit, Forschung und Wirtschaft noch weiter zu verzahnen.

Gerade in Jülich wird – sowohl im Forschungszentrum als auch auf dem FH-Campus – an zukunftsweisenden Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien, der Netze und der Speichertechnologien geforscht.

Die RWTH mit ihrem hervorragenden Ruf als Technische Hochschule bietet hier auch weitere Chancen für die ganze Region. Diese sollten wir nutzen und sie nicht immer kleinreden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir uns diese Aspekte angucken, dann geht es auch darum, dass neben der Forschung auch die alten, zurzeit noch genutzten Kraftwerksstandorte zu Gewerbegebieten weiterentwickelt werden. Wir alle wissen doch, wie lange Planungsverfahren dauern können. Deshalb müssen wir jetzt anfangen, wo das Ende der Kohleverstromung im Rheinischen Revier begonnen hat, den Grundstein für die Weiterentwicklung der Gebiete zu legen, damit die Region auch wirklich eine Chance und eine Perspektive hat, wenn die Kraftwerke dann wirklich vom Netz gehen.

Da bringt es einfach nichts, so zu arbeiten, wie Sie das hier machen, liebe FDP und liebe CDU. Nur mit „Augen zu und durch“ kommen wir hier nicht weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die von dem Tagebau und den Kraftwerken betroffenen Kommunen sollten doch schon heute beginnen können, sich neu aufzustellen, Konzepte zu entwickeln und notwendige Maßnahmen zu ergreifen, die ihnen den Übergang in eine Nach-Kohlezeit ermöglichen.

Klar ist auch, dass neben den Braunkohletagebauen und den Kraftwerken auch die Steinkohlekraftwerke bei einem wirklichen Kohleausstieg geschlossen werden müssen. Auch hier werden wir uns für eine sozialverträgliche Ausgestaltung einsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Hovenjürgen, Sie haben eben von einer Geisterbahn gesprochen. Sie sind hier auf dem Weg einer energiepolitischen Geisterbahn. Ich sage Ihnen ganz klar: Steigen Sie aus dieser energiepolitischen Geisterbahn aus, und erkennen Sie an, dass wir Nordrhein-Westfalens Energiezukunft ohne Kohle jetzt gestalten müssen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Nur so gelingt der Strukturwandel, den angeblich alle wollen. Daher bin ich froh, dass wir die Mittel hierfür im Haushalt 2017 erhöhen und somit zukunftssichere Impulse setzen – auch für die nächsten Jahre und Jahrzehnte.

(Beifall von den GRÜNEN und Hans-Willi Körfiges [SPD])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die Piraten spricht Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer! Ich kann es mir nicht verkneifen, noch eine kleine Anmerkung zu machen, weil mir das eben gerade wieder aufgefallen ist.

Herr Minister, niemand nimmt es Ihnen übel – ganz im Gegenteil: das wird von Ihnen erwartet –, wenn Sie sich mit dem Bundesland Nordrhein-Westfalen identifizieren. Das sollte aber nicht dazu führen, dass Sie diesen rhetorischen Kniff anwenden und der Opposition unterstellen, sie würde das Land schlechtreden.

(Beifall von den PIRATEN und der FDP)

Selbst Herrn Brockes würde ich das nicht unterstellen, obwohl er alles andere als mein politischer Freund ist. Wir reden hier über die Regierung und nicht über das Land.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich sage an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich: Wir haben ein tolles Land mit vielen fleißigen Menschen. Nur: Denen sollte man auch ihre Chancen geben. Dafür müssen Sie die Rahmenbedingungen festlegen. Also bitte nicht mehr in diese rhetorische Ecke! Ich finde das nicht schön. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN, der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht jetzt der Minister noch einmal.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich die kurze Zeit nutzen, um jeweils zu reagieren.

Herr Paul, darüber brauchen wir uns gar nicht zu streiten. Dann sind wir uns ja doch einig. Ihrer Rede war das ursprünglich nicht so zu entnehmen.

Weil Sie über Rhetorik sprechen, möchte ich aber daran erinnern, dass Sie Sätze gesagt haben wie – ich habe einmal einen davon mitgeschrieben –: Wir brauchen mehr junge Leute mit frischen Ideen.

(Zuruf von Kai Schmalenbach [PIRATEN])

Sehr geehrter Herr Dr. Paul, da ist so viel Inhalt drin, dass er sich mit Händen kaum greifen lässt.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Heiterkeit von den GRÜNEN – Zuruf von Kai Schmalenbach [PIRATEN])

Sehr geschätzter Herr Bombis, Sie müssen mir nicht vorschreiben, wann ich zu lächeln habe oder wann nicht. Aber ich habe bei Herrn Brockes genau hingehört. Er hat gesagt: Die Unternehmen sind trotz der Landesregierung gut. Bei Breitband und Digitalisierung muss noch ein bisschen mehr gemacht werden.

(Dietmar Brockes [FDP]: Nein, nein! Anders im LEP! Naturschutzgesetz weg! – Gegenruf von Dietmar Bell [SPD] – Gegenruf von Dietmar Brockes [FDP])

Herr Bombis, wenn Sie sich dann hierhin stellen und noch einmal fünf Minuten brauchen, ohne eine einzige neue inhaltliche Forderung zu präsentieren, lächle ich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dietmar Brockes [FDP]: Sie weigern sich, zuzuhören!)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Duin, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Schmalenbach von den Piraten würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Aber ja.

(Nadja Lüders [SPD]: Ganz frisch jetzt! Ganz frische Ideen! – Weitere Zurufe)

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind gerade bei der Rhetorik. Bei Ihrem ersten Auftritt haben Sie gesagt, Sie hätten sich einen Zettel zurechtgelegt, um Ausführungen der anderen mitzuschreiben. Dann haben Sie gesagt, Sie hätten in der Zeit nichts zu Papier gebracht. Und jetzt zitieren Sie im zweiten Beitrag den Kollegen Paul mit einem offensichtlich niedergeschriebenen Zitat?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Ich bin überführt.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Danke schön.

(Jochen Ott [SPD]: Sie werden ein Fleißkärtchen kriegen! – Weitere Zurufe)

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mir bei der Rede von

Herrn Hovenjürgen ebenfalls Notizen gemacht. Deswegen will ich ausdrücklich aufgreifen, welchen Eindruck Sie hier gerade zu erwecken versucht haben, Herr Hovenjürgen.

Zur Westerweiterung Marl – wir reden über die Emscher-Lippe-Region –: Ich verstehe, dass Herr Hovenjürgen sich ganz konkret darauf fokussiert. Dann will ich genauso konkret darauf antworten.

(Markus Töns [SPD]: Da kennt er sich aber nicht aus! Da kennt er sich überhaupt nicht aus!)

Was die Westerweiterung Marl angeht, war ich bei den Terminen vor Ort dabei, wie Sie wissen. Deswegen muss ich nicht erfinden, dass alle beteiligten Unternehmen gesagt haben: Dieses Projekt wäre ohne Unterstützung der Landesregierung nicht zustande gekommen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Zu Arvato Marl/Dorsten – oder Dorsten/Marl, wie das vor Ort jeweils genannt wird: Ich war bei der Grundsteinlegung dabei. Alle Beteiligten, nicht nur die Bürgermeister, sondern insbesondere der Vertreter des Unternehmens, haben gesagt: Ohne die Unterstützung der Landesregierung wäre diese Investition nicht zustande gekommen.

(Beifall von der SPD)

Sie wissen – Sie waren ja selber mit dabei –: Was wir mit UMBAU21 und mit der Smart Region jetzt auf den Weg gebracht haben und was hier im Haushalt mit einem deutlichen Aufwuchs der Mittel zustande gebracht wird – sowohl unsere bisherigen Projekte zur Digitalisierung dieser Region als auch die Projektaufträge zur Realisierung im nächsten Jahr –, wäre ohne die Unterstützung und den Fokus dieser Landesregierung auf diese Region, die vor besonderen Herausforderungen steht, nicht möglich gewesen.

Vierter Punkt ...

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Duin, bevor Sie Ihren vierten Punkt ansprechen, muss ich Sie ein weiteres Mal unterbrechen. Herr Kollege Hovenjürgen würde Ihnen jetzt gerne eine Zwischenfrage stellen.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Er bekommt noch drei weitere.

Präsidentin Carina Gödecke: Nein, nein, nein. Das entscheide ich.

(Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Ja, endlich!)

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Gut.

Josef Hovenjürgen (CDU): Danke, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich habe auch nicht bestritten, dass sich das Land daran beteiligt hat. Ich wollte damit Folgendes aussagen: Weil die Flächen zur Verfügung standen, war die Ansiedlung möglich. – Uns fehlen die Flächen. Das ist die Aussage.

Sind Sie bereit, zu akzeptieren, dass wir mit Blick auf die Flächenangebotsituation zu schlecht aufgestellt sind?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Deswegen komme ich jetzt zu meinen nächsten beiden Punkten, Herr Hovenjürgen, die – als Antwort ergänzend oder ohnehin gesagt – genau dazu passen.

Wir sorgen dafür, dass auf Auguste Victoria die schnellste Vermarktung möglich wird. Das wird die am schnellsten der Vermarktung zugeführte ehemalige Bergbaufläche aller Zeiten. Denn wir haben von Anfang an im Sinne vorausschauender Wirtschaftspolitik darauf reagiert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir werden das im Übrigen parallel dazu in Ibbenbüren – das sage ich, damit nicht morgen in Münster in der Zeitung steht, das habe keine Erwähnung gefunden, lieber Kollege Sundermann – machen. Wir werden das auf Prosper-Haniel ebenfalls sicherstellen. Aber hier ging es um das Thema Auguste Victoria.

(Heike Gebhard [SPD]: Wer da in der Regierung war!)

Last, but not least: Sehr geehrter Herr Hovenjürgen, Sie haben das nicht erwähnt. Deswegen mache ich das an dieser Stelle. Ich weiß um die Irritationen, die es gegeben hat. Darüber haben wir hier lange Debatten geführt. Aber nach dieser Debatte ist unmissverständlich klargestellt – ich werde nicht müde, das zu betonen –: Der newPark wird ebenfalls kommen und in dieser Region für Impulse sorgen.

Diese Landesregierung ist ein verlässlicher Partner für die gesamte Emscher-Lippe-Region – nicht nur aus Sicht des Wirtschaftsministeriums, wenn es um Flächen geht,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

sondern genauso aus Sicht des Kollegen Groschek, wenn es um Städtebauförderung geht, und aus Sicht des Kollegen Rimmel, wenn es um Emscher-Umbau und Emscherland geht. Diese Region kann sich auf diese Landesregierung verlassen, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Minister hat jetzt nicht nur erneut für die Landesregierung geredet, sondern damit die Redezeit um weitere 4:20 Minuten überzogen, so dass die gesamte Überziehung der Redezeit durch die Landesregierung mittlerweile etwa 6 Minuten beträgt. Viele Fraktionen haben demzufolge noch Redezeit. – Als nächster Redner hat sich für die CDU-Fraktion Herr Kollege Wüst gemeldet.

(Heike Gebhard [SPD]: Och nee!)

Hendrik Wüst (CDU): Frau Präsidentin! Herr Minister, Sie haben den Zettel nicht voll gehabt. Meiner ist voll. Ich gebe ihn Ihnen gleich. Viel Spaß mit meiner Handschrift!

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Aber nur mit kleinkarierten Mäkeleien ohne Ideen!)

Aber folgender Punkt muss hier schon noch einmal unterstrichen werden – auch für die Öffentlichkeit –: Die Fraktionen haben vereinbart, die Änderungen zum Haushalt nach dieser Debatte vor der nächsten Debatte einzubringen, damit hier nicht der Eindruck erweckt wird, man würde keine eigenen Ideen haben.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Diese Haushaltsanträge kommen. Wir reden heute über den Haushalt Ihres Hauses und über nichts anderes. – Erster Punkt.

(Zuruf: Weil Sie keine Ideen haben!)

Zweiter Punkt: Was gibt es noch in Sachen Wirtschaftspolitik zu tun? Machen Sie Ihren Zettel jetzt gerne voll. Wir haben hier mehrfach beantragt und tun es noch einmal, überbordende bürokratische Lasten, die es nur in Nordrhein-Westfalen gibt, herauszunehmen. Nehmen Sie das Tariftreue- und Vergabegesetz.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Nehmen Sie beim LEP den 5-ha-Grundsatz heraus, und machen Sie vereinfachte Planverfahren außerhalb des beplanten Bereichs wieder möglich, wie es der Abteilungsleiter aus der Staatskanzlei angekündigt hat. Umgesetzt ist das bis heute nicht.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Nutzen Sie die Mittel, die man für die Wirtschaftsförderung bekommen kann. Mit läppischen 500.000 € pro Region gehen Sie das Megathema „Digitalisierung“ an. Das ist die Realität in diesem Land. Und Sie verzichten auf 50 Millionen € Wirtschaftsförderung, weil Sie die eigene Kofinanzierung der GRW-Mittel vom Bund nicht darstellen können. Das ist Ihre erste Begründung.

Ihre zweite Begründung lautet: weil man keine Projekte hat. – Das ist das Thema mit den Ideen. Sie geben 25 Millionen € GRW-Mittel zurück, weil Sie keine Ideen haben und weil Sie vom Finanzminister kein Geld erhalten. Das gehört hier in die Haushaltsdebatte sehr wohl hinein, Herr Minister.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unser Vorschlag ist: Machen Sie doch das, was der Kollege Priggen immer so stolz vorträgt. Machen Sie es! Nehmen Sie das Geld, das früher in die Steinkohlesubvention gegangen ist, für Zukunftsinvestitionen. Das ist einer unserer Vorschläge, den wir auch zu diesen Haushaltsberatungen wieder einbringen werden. Dann hätte man wirklich aus Vergangenheit Zukunft gemacht und neue Chancen erarbeitet. Man bräuhete nicht nur 1 % Wirtschaftsförderung für Digitalisierung, sondern könnte mehr für die Jobs der Zukunft machen.

Ich hoffe, dass Sie das alles mitgeschrieben haben. Sonst bekommen Sie gleich meinen Schmierzettel.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Moment liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Kann ich feststellen, dass das auch so bleibt? – Das bleibt offensichtlich so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Debatte und die Aussprache zum Einzelplan 14.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13514, den Einzelplan 14 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Einzelplan 14** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13514 in zweiter Lesung angenommen** worden.

Ich rufe die ausgesetzte **Abstimmung** zum Einzelplan 11, Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, auf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13511, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dem seine Zustimmung geben? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch **der Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13511 in zweiter Lesung** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen** worden.

Ich rufe jetzt auf: